

Zeitschrift: Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung
Herausgeber: Schweizerische Friedensgesellschaft
Band: - (1907)
Heft: 9-10

Artikel: Die deutsche Friedensgesellschaft hat folgende die zweite Haager Konferenz betreffende Petition an den Reichstag erlassen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801648>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

stungsverminderung und der Kriegsreglementierung erblicken.“

In Wirklichkeit ist es lediglich die Presse, die den falschen Anschein zu erwecken sucht, als ob die Bedeutung der Haager Konferenz mit der „Abrüstungsfrage“ stehe oder falle. Für sie ist anscheinend diese Frage das Alpha und das Omega bei dem Haager Programm. Sie weiss von nichts anderem zu berichten, was auf den Haag Bezug hat, als von dem Thema der Rüstungsbeschränkungen. Und weshalb? Offenbar doch nur, weil dieses Thema allein geeignet ist, die Sensationslust zu wecken. Indem die Presse dieser zu dienen sucht, verdunkelt sie auch heute wieder in unverdienter Weise die wirkliche Bedeutung des Haager Werkes. Während alle offiziellen Kreise heute entschlossen und einig sind, redlich an diesem Werke weiterzuarbeiten, sucht die Presse offenbar nach einem Zankapfel, den sie in die Vorbereitungen für die Konferenz hineinschleudern könnte. Denn allzu grosse Einigkeit zwischen den Staaten wäre doch gar zu wenig interessant und gäbe doch gar zu wenig zu berichten.

Es wird den betreffenden Zeitungen aber diesmal nicht viel helfen, denn die Staaten bedürfen dieses Liebesdienstes nicht. Sie werden sämtlich in Haag an dem Friedenswerke, dem sie samt und sonders sympathisch gegenüberstehen, energisch mittun. Auch das Deutsche Reich macht darin keine Ausnahme. Man darf also ruhig sagen, dass es heute nur noch eine Grossmacht gibt, die dem Haager Konferenzwerke unvorbereitet und daher verständnislos gegenübersteht — und das ist die Presse!

Diese Tatsache ist geeignet, ein eigentümliches Licht auf unsern heutigen Journalistenstand zu werfen. Sie zeigt, dass er im Durchschnitte nicht etwa seiner Zeit voranschreitet, sondern im Gegenteil hinter ihr herhinkt. Wie aber soll er ihr da eine Leuchte sein können? Diese Tatsache deutet auf ein bedauerliches Missverhältnis zwischen dem faktischen Können und den präbendierten Leistungen, dem präbendierten Einfluss auf die Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten — ein Missverhältnis, das sich wohl zum Teil durch eine mangelhafte oder lückenhafte Vorbildung, eine Halbbildung erklärt, die sich häufig, selbst in erstklassigen Zeitungsorganen noch breit machen darf, sodann aber auch durch einen Mangel an Selbstständigkeit, den der Grossteil der Presse gegenüber demjenigen Teile des Publikums zu dokumentieren pflegt, das hauptsächlich nur sensationslüstern ist und alle edleren Interessen dieser Sensationslust unterordnet. Auch der Ehrgeiz vieler Journalisten, à tout prix als grosse Politiker zu gelten, spielt dabei eine Rolle. Diese would-be Politiker stiften aber tatsächlich weit mehr Schaden als Nutzen, da ihnen die wirklichen Kenntnisse der Staatsmänner nun eben doch einmal abgehen... Alles das erklärt also wohl die Haltung der Presse, aber es entschuldigt sie nicht!

Man muss sich angesichts dieser Verhältnisse in der Tat die Frage vorlegen: Sagen sich denn alle diese Pressemänner gar nicht, dass bei uns in Europa die Presse eine höhere Mission zu erfüllen hat, als nur Sensationen zu befriedigen? Und kommen alle diese Leute denn insbesondere gar nicht auf den Gedanken, dass sie sich der Haager Konferenz gegenüber nicht nur negativ, durch Kritisieren des aller Voraussicht nach praktisch unfruchtbaren Abrüstungsthemas betätigen sollten, sondern auch positiv, indem sie sich mit den erreichbaren Vorschlägen einiger-massen vertraut zu machen suchten? —

(„Politisch-Pazifistische Korrespondenz“.)

Die deutsche Friedensgesellschaft hat folgende die zweite Haager Konferenz betreffende Petition an den Reichstag erlassen.

Stuttgart, im April 1907.

Hoher Reichstag!

In absehbarer Zeit wird die zweite Haager Konferenz eröffnet werden. Es wird sich dabei in der Hauptsache um zwei entscheidende Fragen handeln: 1. darum, ob eine friedliche Verständigung unter den Völkern auf Grund des weiter auszubauenden Völkerrechts und des Schiedsgerichtsverfahrens möglich ist; 2. darum, ob ein Rüstungsstillstand durch eine von sämtlichen beteiligten Mächten zu unterzeichnende Uebereinkunft herbeigeführt werden kann. Die Unterzeichneten bitten den hohen Reichstag, er möchte die verbündeten Regierungen auffordern, dass sie zu beiden vorerwähnten Fragen eine positiv bejahende Stellung einnehmen mögen.

An Stelle einer Begründung möge der kurze Hinweis auf folgende Tatsachen gelten:

Ad 1. Jeder Krieg ist ein zweischneidiges Schwert, ein nationales Unglück für den Sieger wie für den Besiegten. Er kann ebenso gut eine Niederlage wie einen Sieg, ebenso gut eine Vernichtung wie eine Ausdehnung unserer Machtstellung mit sich bringen. Wenn an Stelle der Gewalt das Recht treten würde, so würden wir dabei nichts verlieren, aber unendliche Werte gewinnen. Die erste Aufgabe der zweiten Haager Konferenz wird darin bestehen, diejenigen Fälle zu kennzeichnen, in denen an Stelle des fakultativen Schiedsgerichts ein obligatorisches Gerichtsverfahren treten kann. Die zweite und Wege zu suchen, wie auch Fragen von vitaler Bedeutung auf friedliche Weise erledigt werden können. Würde es der zweiten Haager Konferenz gelingen, diese Aufgaben in befriedigender Weise zu lösen, so wäre damit ein Fortschritt von weltgeschichtlicher Tragweite erzielt.

Ad. 2 Es wäre ein nicht zu überschätzender Gewinn, wenn die zweite Haager Konferenz den Erfolg hätte, die immer noch in unendlicher Aufwärtsbewegung begriffene Rüstungsschraube zum Stillstand zu bringen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass keine Macht der andern zuvorkommen kann und dass die ungeheuren Mittel, die für den bewaffneten Frieden ausgegeben werden (6 Milliarden pro Jahr in Europa, zirka 1 Milliarde in Deutschland) den Zweck, dem sie dienen sollen, nämlich den Frieden auf eine sichere Grundlage zu stellen, nicht entsprechen. Nirgends wird der englische Rüstungsstillstandsvorschlag so heftig bekämpft wie in Deutschland, und doch kann nur blinde Voreingenommenheit es bestreiten, dass auch in Deutschland die Kulturzwecke darunter zu leiden haben, wenn an die Hälfte der Staatseinnahmen für unproduktive Zwecke verbraucht wird, und nur völlige Unkenntnis der Tatsachen kann es leugnen, dass die Teuerung der wichtigsten Lebensmittel mit den durch die Rüstung bedingten Steuern und Kampfzöllen zusammenhängt.

Wir bitten daher dringend, hoher Reichstag wolle der Reichsregierung gegenüber dafür eintreten, dass sie auf der zweiten Haager Konferenz alle Anträge, die auf die friedliche Verständigung unter den Völkern und auf die Herbeiführung eines Rüstungsstillstandes abzielen, lebhaft unterstütze.

Ehrrerbietigst

Deutsche Friedensgesellschaft, i. A.:

Dr. Adolf Richter, Pforzheim, I. Vorsitzender.
Stadtpfarrer Umfrid, Stuttgart, II. Vorsitzender.

Dieser Petition haben sich neben den 90 Ortsgruppen Tausende von deutschen Bürgern angeschlossen.

—o—

Aus der Geschichte der Friedensbewegung

von Hans Bächtold.

3. William Penns Abhandlung zur Erlangung eines europäischen Friedens.

William Penn ist eine höchst interessante Persönlichkeit. Am 14. Oktober 1644 in London als Sohn des britischen Vizeadmirals William Penn geboren, zeigte es schon in früher Jugend Hang zum zurückgezogenen Leben und Separatismus. Durch Thomas Læs Einfluss wurde er während seiner Studien im Christchurch College zu Oxford bewegt, sich den Quäkern anzuschliessen. Das hatte ernste Reibungen zwischen ihm und seinen Mitstudenten zur Folge und führte den Bruch mit seinem Vater herbei. 1668 fing er mit grossem Erfolge öffentlich an zu predigen; er machte viele Proselyten, namentlich unter den Frauen. Als im Jahre 1678 das englische Parlament strenge Massregeln gegen die Katholiken erliess, verteidigte Penn mit Eifer die Gewissensfreiheit, wodurch er sich viele Feinde schuf. Seine Schriften, in denen er diese und noch andere freisinnige Ideen predigte, brachten ihn mehrmals ins Gefängnis. Es gelang ihm aber, die Gunst König Karls II. und dessen Nachfolger Jakob II. zu erwerben, und dieser trat ihm für seine Schuldforderung von 16,000 Pfund Sterling an die Regierung ein grosses Landgebiet in Nordamerika am Delaware (Pennsylvanien) als Eigentum unter englischer Oberhoheit ab. Hier gründete Penn einen Staat, in welchem Glaubensfreiheit herrschte und jeder Unterschied der Stände verbannt war. Er sandte sogleich zwei Schiffe mit britischen Ansiedlern, versehen mit allen Erfordernissen für den Anbau, dorthin und öffnete allen wegen religiöser oder politischer Meinung Verfolgten eine Freistätte. 1682 ging er selbst dorthin und entwarf eine Verfassung, welche dann später die Grundlage der Verfassung der nordamerikanischen Staaten wurde. Die Kolonie blühte rasch empor, weil die Quäker, um Verfolgungen auszuweichen, in Scharen England verliessen. 1712 verkaufte er an England sein Eigentumsrecht an Pennsylvanien um 280,000 Pfund Sterling. Er starb in hohem Alter zu Berkshire am 30. Mai 1718.

Die Quäker verwarfen in ihrer strengen Moral von Anfang an den Krieg und verweigerten den Kriegsdienst. William Penn war überzeugt davon, dass der Krieg mit Leichtigkeit vermieden werden könnte, wenn sich die Staaten bequemen würden, eine über ihnen stehende Behörde anzuerkennen, wie dies die einzelnen Individuen nach dem Faustrechte getan hatten. Auf dieser Ueberzeugung ist seine Abhandlung aufgebaut.

Vor der Veröffentlichung seiner Abhandlung über den europäischen Frieden im Jahre 1693—1694 war dieser Gedanke noch nirgends geäussert worden, ausgenommen ungefähr 100 Jahre früher in König Heinrich IV. von Frankreich Entwurf. Ueber diesen Entwurf sind aber die französischen Geschichtsschreiber in ihrer Meinung geteilt, ob er wirklich von Heinrich IV. selbst herstamme, oder ob er diesem einfach durch den Herzog von Sully, seinem Minister, unterschoben worden sei, in dessen „Oeconomies Royales“ viele Jahre nach Heinrich IV. Tod der Entwurf erschien. Kein zeitgenössischer europäischer Schriftsteller erwähnt ihn. Duruy weist ihn Sully zu, und Kitchin hält ihn, so wie er uns vorliegt, für starke Uebertreibung wirklicher Pläne Heinrichs IV.

Wer aber auch immer den Entwurf, wie er in den „Oeconomies Royales“, oder in des Abbé de l'Ecluse's Mémoires de Sully, Vol. III, 30, vorhanden ist, prüft, wird bald davon überzeugt sein, dass sein Plan und derjenige Penns, trotzdem sie etwelche gemeinsame Gedanken enthalten, ganz verschieden sind voneinander, dass beide von ganz verschiedenen Grundsätzen ausgehen und geleitet werden. Der tiefere Grund des Entwurfes Heinrich IV. war die Abneigung und Angst vor dem Hause Oesterreich, vor dem in jener Zeit ganz Europa erzitterte, Frankreich nicht am mindesten. Frankreich musste von fernerer Gefahr gerettet werden. Der Anfang der Verwirklichung seines Entwurfes sollte die Schaffung einer Armee von mehr als 300,000 Mann Fussvolk und Reiterei sein, die die Staaten, die sich der Idee Heinrich IV. angeschlossen hatten, umfassen sollte. Der Kaiser sollte dann alle Eroberungsgelüste aufgeben und sich von nun an begnügen mit Spanien und den spanischen Besitzungen am Mittelmeer und in der Neuen Welt. Die Ungläubigen und ihre Fürsten, die die christliche Religion nicht annehmen wollten, sollten aus Europa vertrieben werden. Um unter der Christenheit selbst die durch die Reformation verloren gegangene Einheit wieder herbeizuführen, wurde eine eigentümliche Verständigung zwischen Katholizismus, Luthertum und Calvinismus, den drei vorherrschenden christlichen Bekenntnissen, vorgeschlagen. Keine andern Konfessionen sollten geduldet werden. In Ländern mit vorherrschend katholischer Bevölkerung sollte das Volk gezwungen werden, den Katholizismus anzunehmen oder das Land zu verlassen. Das gleiche Recht sollten die Länder anderer Konfession auch haben. In Ländern jedoch, wo sie alle oder doch 2 in gleichem Verhältnisse vorhanden wären, sollten alle geduldet werden, aber nie anders als in dem Verhältnis, in welchem sie zur Zeit des Abschlusses des Bundes existierten. Ganz Europa wurde eingeteilt in 15 Staaten, 6 Erbmonarchien, 5 Wahlmonarchien und 4 Republiken. Diese 15 Mächte, die so die christliche europäische Republik bilden sollten, sollten einen Senat von 15 Mitgliedern ernennen, welcher die oberste Aufsicht über zivile, politische und religiöse Angelegenheiten in Europa haben sollte. So sollte der Friede in Europa aufrecht erhalten werden.

Dieses Ziel, wenn es wirklich dasjenige Heinrich IV. war, war gewiss ein grosses. Aber soll man wirklich im Ernste glauben, dass durch diese militärischen und religiösen Massnahmen der Entwurf hätte verwirklicht werden können, selbst wenn ein Versuch unternommen worden wäre?

William Penn mag von diesem Plane die erste Eingebung erhalten haben, aber das ist sicher alles. Seine Abhandlung entstammt seiner tiefen, warmen Liebe, er ist eine jener Ideen, für die Penn Geld und Zeit geopfert hat. Sie hat denselben Ursprung wie sein „Heiliger Versuch“. Penn war vor allem ein praktischer Staatsmann. Er glaubte an die Durchführbarkeit seiner Idee. In Amerika hatte er einige Jahrzehnte früher seine Ideen verwirklicht und sie von Erfolg gekrönt gesehen. Jetzt wollte er den Gedanken anregen, sie auch auf die wichtigsten Staatsgeschäfte Europas anzuwenden. Wenn er die Macht gehabt hätte, wie er sie in seinen amerikanischen Kolonien hatte, würde er keine Zeit mit Worten verloren haben, sondern einfach einen europäischen Reichstag organisiert haben.

Aber zu seinen Lebzeiten und auch später war nicht die geringste Aussicht zur Ausführung seines Planes vorhanden, obgleich seine Abhandlung grosses Aufsehen erregte. Die souveränen Fürsten und die